

Freda Meissner-Blau

Hat Hainburg die Republik verändert?

Gewiß, es war mehr als der übliche Löschversuch, die Verhinderung eines Zerstörungsprojektes, die Suche nach einem Durchschlupf durch die engen Maschen sozialpartnerschaftlicher Absprachen.

Die Bäume der Au waren für viele von uns zu Bäumen der Erkenntnis geworden. War der Kampf gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf einerseits die rationale Erkenntnis einer konkreten Gefahr gewesen, das Wissen um die „Todesstrahlen“ und die planetare Verseuchung durch Radioaktivität, um die Infamie, tausende Jahre strahlenden Mülls den Armen unserer Erde aufzuzwingen, bedeutete er andererseits auch schon die Auflehnung gegen den Versuch dreister Herrschaft von Atomtechnokraten und Elektrobaronen. Im Aufschrei der Tausenden in der Stopfenreuther Au schwang eine andere Angst mit, die Angst vor der Zerstörung und dem Verlust unserer Wurzeln, unserer Seelen: Das Riesenstauwerk symbolisierte den endgültigen Sieg der Technosphäre über die Biosphäre, die Zubetonierung der Zukunft unserer Kinder. Gegen diesen Alptraum waren wir ausgezogen, um Bäume und Demokratie zu beschützen, holten uns Frostbeulen, Prügel und blaue Flecken, erlebten die Kraft der eigenen Gewaltlosigkeit, die Freude und Unbeugsamkeit der Gemeinsamkeit. Wir bekamen Lust auf mehr Demokratie.

Wenige Wochen später schrieb ich in einem (unveröffentlichten) Artikel:

„Die grüne Bewegung bewegt sich tatsächlich: Vorbei an den Fallen einbetonierter Parteien, wohlbestallter Würdenträger, der Konditorei-Klubs à la Demel, der Biertischkameradschaften und Weinbünde vom Boden- bis zum Neusiedlersee. Doch ihr Protest voll edler Einfachheit (Sie will ja nichts für sich. Hat man so was schon gehört?) gegen zwar umweltzerstörerische, aber profitträchtige Großtechnologien kann auf die Dauer nicht genügen. Aus dem Nein zum Blinde-Kuh-Spiel der Mächtigen wird – irgendwann – ein Ja zu einem brauchbaren politischen Vehikel der eigenen Ideen und Pläne werden müssen. Das heißt hierzulande, und vermutlich noch lange ein Ja zu Parteien an sich.“

Es ging viel schneller, als ich es damals ahnen konnte. Und sollte mein eigenes Leben auf einige Jahre sehr unerwartet und ganz gehörig auf den Kopf stellen.

Schützenhilfe haben uns die Regierungsparteien oder wenigstens einige ihrer wichtigsten Exponenten gegeben. In Hainburg haben sie unter Berufung auf den Rechtsstaat diesen zum Unrechtsstaat gemacht. Doch schon ein Jahr vorher ergab eine Befragung österreichischer Studenten, „Student 84“, daß nahezu drei Viertel des akademischen Nachwuchses „die herkömmlichen Parteien nicht zur Lösung der Grundfragen unserer Zeit für fähig halten ...“ Menschen, die mit wachsendem Entsetzen die sich ständig beschleunigende Bedrohung unserer Lebensgrundlagen miterlebten, schenkten den frommen Umweltbekenntnissen der Politiker kein Vertrauen mehr. Unsere Hoffnungen, die wir in das im Februar 1972 gegründete Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz gesetzt hatten, waren längst verfliegen. Ein Mitarbeiter des Ministers der ersten Stunde, Sektionschef J. H. Pindur der Umweltsektion, kommentierte 1980 (in Beiträge 6/80, Hrsg. BM GuU) nachträglich und nicht ohne Bitterkeit die Situation:

„Weltweit brach sich die Erkenntnis Bahn, daß wir am Ende sind, wenn wir nicht in alle unserer Entscheidungen einkalkulieren, welche Konsequenzen sie für unsere Umwelt haben, die sich naturgesetzlich vorgegebenen Belastungsgrenzen rapide nähert. In fatal später Stunde erkannten einige Einsichtige, daß alles, was wir tun, nunmehr nicht mehr allein unter ökonomischen und sozialen Aspekten zu prüfen ist, sondern daß ökologische Überlegungen und Prüfungen zumindest gleichrangig, wenn nicht prioritär hinzuzutreten haben. Solche Erkenntnisse veranlaßten also verantwortliche Politiker in Österreich – ebenso wie in vielen anderen Staaten – dem Umweltschutz besondere Bedeutung zuzuwenden, und so entstand ein Bundesministerium, das unter anderem den Umweltschutz in seinem Namen führt. Leider war und ist dieses BM für den Umweltschutz nicht zuständig, und das ist nicht nur eine peinliche Ungereimtheit, sondern die Dokumentation einer geradezu unverzeihlichen Inkonsequenz, weil mit der Errichtung des neuen Ministeriums der Beweis der Erkenntnis der Umweltpolitik unwiderlegbar erbracht wurde und von da weg die Unterlassung wirksamer konzertierter Maßnahmen nicht einmal mehr mit der Pseudounschuld der Unwissenheit exkulpiert werden kann ...“ (Bis heute hat sich an dieser Situation kaum etwas geändert, die offizielle Umweltpolitik begnügt sich mit Umweltstandards und Nebenherrücksichten im Zuge anderer Entscheidungen. Wohl sind die Bekenntnisse glühender geworden, die Ankündigungen dringlicher, die tatsächlichen Maßnahmen jedoch hinken nach wie vor kläglich hinter ihnen her.)

Kurz zur politischen Vorgeschichte der Hainburger „Schlacht der Bäume“: Bundeskanzler Sinowatz hatte schon in seiner Regierungserklärung 1982 (ohne vorherige Beschlußfassung!) den Bau des Kraftwerks Hainburg verkündet. Im Mai 83 reichte die DOKW das Projekt bei der Wasserrechtsbehörde im Landwirtschaftsministerium ein, 7 Monate später erklärte es Minister Haiden zum „bevorzugten Wasserbau“, in flagrantem Bruch mit den wenige Monate vorher von der Bundesregierung unterzeichneten internationalen Abkommen, der Berner Konvention und dem Ramsar-Abkommen. Haiden damals: „Die Abkommen sind völkerrechtlich verbindlich, innerstaatlich aber mangels eigener Gesetze nicht unmittelbar anwendbar(!)“. In 2. Instanz ging es um die Entscheidung, ob das Kraftwerk Hainburg mit dem niederösterreichischen Naturschutzgesetz vereinbar sei. Der gesamte nö. Landtag hatte dem Landesrat für Naturschutz, Dr. Ernest Brezovszky, einstimmig die alleinige Entscheidung für die naturschutzrechtliche Bewilligung übertragen. Damals begannen die Alarmglocken bei mir schrill zu klingeln: Die Bewilligung war in 1. Instanz aufgrund negativer Gutachten und des strikten nö. Naturschutzgesetzes verweigert worden. Jetzt sollte ein einziger Mann in 2. Instanz eine Entscheidung treffen, welche das Leben von Generationen nach ihm noch beeinflussen würde. Rein gesetzlich hätte der gesamte nö. Landtag entscheiden können, daß man jedoch vorzog, alles dem sozialistischen Mandatar zu übertragen, war politisch brisant. Mein Interesse wurde durch wiederholte Beteuerungen Brezovszkys, als Jurist nur nach dem geltenden Gesetz entscheiden zu wollen, noch gesteigert.

Theoretisch hätte man ja beruhigt sein können: Das von Brezovszky mitverfaßte nö. Naturschutzgesetz ist unmißverständlich: Jede Veränderung der geschützten Landschaft, die zu ihrem Nachteil gereicht, ist verboten. Wäre da ein Riesenkraftwerk mit 18 m hohen Bauten, 22 km langen, 8 m hohen Dämmen, einem 5 km langen neuen Strombett mitten im Herz der Au nicht ein schwerer Eingriff in die Landschaft? Der vertrauensvolle Bürger sollte einen grauslichen Anschauungsunterricht über zynische Interessenspolitik bekommen: Ende November geschah das Udenkbare. Brezovszky erließ den Genehmigungsbescheid, setzte sich damit ungeniert über Gut-(Schlecht-)achten, Bezirkshauptleute und Gesetz hinweg, erwies sich als treuer Diener seiner diversen Herren. Parteienstellung, außer der des Betreibers, der DOKW, ließ das veraltete Verwaltungsrechtsverfahren nicht zu. Unsere Empörung wuchs angesichts der juridischen Beurteilung der Sachlage: „Ein Rechtsbruch, der Rechtsgültigkeit hat.“ Es blieb nur mehr ein Weg: Den Verantwortlichen, Dr. Brezovszky, bei seiner Ehre zu

packen, indem man diese verletzte, in der Erwartung, dass er dann als Ehrenmann klagen würde. Vor Gericht könnten wir dann den Wahrheitsbeweis antreten, den Rechtsbruch entlarven. So geschehen am 29. November, anlässlich einer parteiübergreifenden Pressekonferenz von Frauen zum Thema des gefährdeten Wiener Trinkwassers. Schon allein der Zusammenschluß von Frauen aus SPÖ, ÖVP, FPÖ, VGÖ, ALÖ und Bürgerinitiativen hatte in den Parteizentralen einige Unruhe ausgelöst und den Zusammenbruch der gottgewollten Ordnung befürchten lassen. Das Medieninteresse war entsprechend groß. Mit klopfendem Herzen bezichtigte ich Herrn Brezovszky des Gesetzesbruchs und des Umweltverbrechens und forderte ihn höflich vor laufenden Kameras auf, mich nun zu klagen. Die Klage kam nicht, dafür flog ich am selben Tag aus dem ORF. Generalintendant Bacher gestattete Moderatoren nicht, politische Ansichten zu vertreten, wenn sich diese gegen die Mächtigen des Landes richten. So ernannte er sich eigenhändig zum Ankläger und Richter über die Aufmüpfige. Von der SPÖ wurde ich wegen meines Vorwurfs gerügt; Günther Nenning, der sich umgehend zum Schutz der Kollegin meinem Vorwurf anschloß, flog aus der Partei.

Der weitere Verlauf der Dinge ist bekannt. Eine nicht umkehrbare Entwicklung nahm mit dem Sternmarsch der 10.000 nach Stopfenreuth am 8. Dezember ihren Anfang: Tausende Menschen unseres Landes begannen ihre Nasen in ihre eigenen Angelegenheiten zu stecken und nicht nur die größte Au Mitteleuropas vor der Zerstörung zu retten, sondern zugleich auch Rechtsstaat und Demokratie.

Hainburg hat eine Kursänderung eingeleitet: Im Rückblick behielt Sinowatz recht, als er damals meinte, es werde in Zukunft „vieles anders“ sein in Österreich; allerdings so gar nicht, wie er es sich vorgestellt hat. Wir, die wir als Delegierte der Aubesetzer an den rund 15stündigen Verhandlungen mit der Regierung Mitte Dezember 84 im Parlament teilnahmen, waren vorerst betroffen und erschüttert von dem Maß an Ratlosigkeit, ja Hilflosigkeit der Regierenden angesichts der Entschlossenheit der Ausschützer. Als enthüllend, peinlich bis belustigend empfanden wir die ständigen Unterbrechungen der Verhandlung, wenn Bundeskanzler und Minister ins Nebenzimmer eilten, um sich Rat und Anweisungen von Herrn Kobilka, Vorstandsvorsitzender der DOKW, zu holen. Wir begriffen, wie ohnmächtig die scheinbar Mächtigen im Grunde sind und welche Rolle die eigentlichen Drahtzieher spielen.

Hainburg hat ein tiefes Dilemma der Repräsentativdemokratie spürbar gemacht: Politiker, die für eine Funktionsperiode von vier Jahren gewählt werden, entscheiden über die Lebensbedingungen von Generationen. Der Kurzrhythmus der Politik führt zum Kurzfristdenken. Dieses Kurzfristdenken verleitet dazu, Lösungen zu suchen, die sich in der Vergangenheit bewährt haben und von mächtigen Gruppen gewünscht werden, selbst wenn sie die Ursachen der heutigen Probleme und zukünftiger Katastrophen sind. Das Gewohnte verstellt ihnen den Blick für die Einsicht, daß mehr Beton, mehr Strom nicht aus den Sackgassen einer Wachstumsgesellschaft führen können, welche schon längst an die von der Natur gesetzten Grenzen angeprallt ist. Mit den bisherigen Rezepten sind die entscheidenden Fragen von heute und der kommenden Jahre nicht zu lösen: Haben wir noch genug trinkbares Wasser, atembare Luft, fruchtbaren Boden, unzerstörte Landschaft, um unseren Kindern das Überleben zu sichern?

Hainburg wurde zum Nährboden einer grünen Partei, welche die politische Landschaft Österreichs zu verändern beginnt: Absolute Mehrheiten für eine Partei sind kaum mehr möglich, es bedarf der Zusammenarbeit. Noch wichtiger, die traditionelle österreichische Untertanenseligkeit hat in der Au einen gewaltigen Schlag erhalten, ist erschüttert worden. Auch

bei jenen zahlreichen Betroffenen und Umweltengagierten, die aus vielerlei Gründen – alte Parteiloyalität, Unzufriedenheit mit dem inneren und äußeren Erscheinungsbild dieser jungen Partei, generelle Ablehnung von Parteien überhaupt, usw. – bei den Grün-Alternativen nicht mittun wollten und wollen. Mehr selbstbewußte Österreicher, das kann unserem Land nur gut tun ...

Doch auch die Regierenden haben gelernt. Sie sind vorsichtiger geworden, zumindest geschickter, der parlamentarische Kampfboden öffnet sich langsam, zaghaft. Nach wie vor herrscht Klubzwang, kommen die Gesetze von der Regierung, ist das Parlament vorwiegend Abstimmungsmechanik, scheuen sich die Großparteien vor einer grundlegenden Wahlrechtsreform in Richtung Persönlichkeitswahlrecht. Auch international war Hainburg beispielgebend. Der Stopfenreuther „Holzhackersozialismus“ („Süddeutsche“ vom 15.12.84) ist in Verruf geraten und die Ermutigung durch Hainburg hat sicherlich dazu beigetragen, dass sich große Teile der ungarischen Bevölkerung gegen das Donaukraftwerk Nagymáros und damit gegen die Interessen der österreichischen Bauindustrie und des Finanzkapitals bisher erfolgreich wehrten. Die Verhandlungsbereitschaft der österreichischen Bundesregierung mit „dem Auvolk“ und dadurch die Verhinderung weiterer blutiger Ausschreitungen – im Gegensatz zu den brutalen Repressionen gegen Umweltschützer in der BRD und Frankreich – war Beweis, daß unsere Politiker in der Krise sehr wohl die Angst vor einem – von den Wählern verordneten und verdienten – Machtverlust vor Lobbyinteressen zu setzen wissen. Sind sie also besser als ihr Ruf? Nach den „Hainburger Ereignissen“ berief der Kanzler blitzgeschwind eine Regierungs-Umwelt-Klausur auf dem Tulbinger Kogel ein. In der Abschlußpressekonferenz am 16. Jänner 85 erklärte er dem verblüfften Volk, wie dringlich und unverzichtbar radikale Umweltpolitik sei, der Transitverkehr müsse eingeschränkt, Luft und Wasser reingehalten, alles darangesetzt werden, das Waldsterben aufzuhalten. „Ich verspreche, daß der österreichische Wald nicht stirbt ...“ Im Klartext: Was brauch ma Umweltschützer, wo ma eh alles tuan.

Sie taten es nicht. Oder allzu zögernd, allzu halbherzig, als Umweltkosmetik, während die Zerstörung als Opfer für die heilige Kuh des Wachstums von Produktion und Konsum weiter fortschritt. Den damals versprochenen Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen gibt es bis heute, 5 Jahre später, nicht. Der globale – nicht nur der österreichische – Zustand der Restnatur hat sich seither drastisch verschlechtert, mit Giftmüllbergen, Raubbau an den Ressourcen, kippenden Weltmeeren, einem Ozonloch, das zur doppelten Größe des USTerritoriums

anwuchs, dem Treibhauseffekt, der das Weltklima mit unabsehbaren Folgen zu verändern droht, ja laut Experten schon zu verändern begonnen hat. Unsere Umwelt ist längst nicht mehr allein Sache der Regierungen oder bloß Strategie der Grünparteien oder grün-alternativer Minderheiten. Umwelt ist zur Priorität ganzer Bevölkerungsmehrheiten geworden und damit für die Gesamtpolitik, zumindest in den Industrieländern. „Unsere gemeinsame Zukunft“ („Our Common Future“ ist der Titel des Brundlandt-Reports der Kommission für Umwelt und Entwicklung) hat eine Vielzahl von Bürgerinitiativen rund um die globalen Probleme entstehen lassen. Sie überschreiten nationale Grenzen, aus dem „global denken, lokal handeln“ hat sich ein Netzwerk globalen Handelns entwickelt. Die verschiedensten Formen zivilen Ungehorsams werden diesseits und jenseits des Atlantiks gegen Atomwaffendepots, Atomkraftwerke, chemische Waffen, Regenwaldvernichtung u.s.w. praktiziert. So begegnete ich vor wenigen Wochen dem gütigen weisen alten Chipko-Inder, Sunderlal Bahaguna, in New York. Er war es, der uns in Hainburg gelehrt hatte, wie man Bäume umarmt, um sie zu beschützen, und wie man der (Staats-)Gewalt gewaltlos begegnet: Gewaltlosigkeit als radikalste Form des Widerstands, weil sie die Macht ihrer Ziele beraubt. Er war zusammen mit Indianern aus Brasilien und

Kanada, mit Delegierten philippinischer, malayischer und europäischer Initiativen nach New York gekommen, um eine Sonderkonferenz der Vereinten Nationen zur Rettung und zur Wiederaufforstung der tropischen Regenwälder zu fordern. Eine globale Bürgerinitiative, die für das Überleben auf unserem Planeten arbeitet und kämpft. Ein Kampf, der jedem einzelnen die Verantwortung, aber auch die Souveränität überträgt, handelt es sich doch um Entscheidungen, von denen die gemeinsame Zukunft abhängt.

Albert Einstein hat uns schon 1955, kurz vor seinem Tod, (in seinem berühmten Brief an Bertrand Russell) diese Verantwortung auferlegt:

„Wir alle sind Bürger einer Weltgemeinschaft, welche von denselben Gefahren bedroht wird. Keiner hat das Recht, sich den notwendigen Aktionen zu verweigern, da unsere Zivilisation vor ihrer äußersten Prüfung steht ...“

Ob wir diese Prüfung, die uns Engagement und Verzicht abfordert, schließlich bestehen werden, ist noch nicht entschieden. Hainburg jedenfalls war ein Schritt in die richtige Richtung.